

## Ins Mark getroffen

Ein Vorwort zur Einstimmung auf die Wiederveröffentlichung der bedeutendsten Aufsätze von Hans-Dietrich Sander aus seiner Monatszeitschrift „Staatsbriefe“ auf dieser Weltnetzseite.

Von Marie Ringel

Eine Neuauflage von Hans-Dietrichs Staatsbriefen können wir an dieser Stelle nicht verkünden. Aber eine Wiederauflage seiner dort veröffentlichten Analysen zur Geschichte und Politik Deutschlands, die das System ins Mark treffen. Wer sie wieder oder zum ersten Mal liest, wird frappiert sein, wie treffend er vor nun schon zwanzig und mehr Jahren die politische Situation Deutschlands verortet und ihre Folgen prognostiziert hat.

Nachdem die Druckversion seiner Monatszeitschrift „Staatsbriefe“ im Jahr 2002 eingestellt wurde, war das Spektrum der „Rechten Publikationen“ um ein wesentliches Element ärmer geworden. Den Staatsbriefen war es gelungen, anstelle der verglimmenden Kraft der Zeitschrift „Criticon“ von Caspar von Schrenck-Notzing eine Glut zu entfachen, die für das System noch weit gefährlicher war, weil sie sich nicht auf die eingeengte Sicht der konservativen Perspektive beschränkte. Heute wissen wir, dass beide Zeitschriften und auch die spätere Internetseite der Staatsbriefe [„www.staatsbriefe.de“](http://www.staatsbriefe.de) ein Opfer der nachhaltigen Attacken bundesdeutscher Staatsschutzorgane geworden sind! Die Frage, warum dies – fürs erste – gelingen konnte, berührt ein trauriges Kapitel menschlicher Schäbigkeit und Niedertracht, das wir hier nicht aufschlagen werden. Dass der Versuch, missliebige Meinungen und unangenehme Wahrheiten auszuschalten am Ende doch scheitert, sollte das Bemühen eines jeden freiheits- und wahrheitsliebenden Deutschen sein. Wir tragen dazu unseren Teil mit dieser Weltnetzseite bei! Für alle Leser, die weder die Staatsbriefe noch Hans-Dietrich Sander kennen, seien die nachfolgenden Zeilen als ein Vorwort für die künftigen Wiederveröffentlichungen seiner Analysen geschrieben:

Mit seinen Aufsätzen in den Staatsbriefen hat Sander von Beginn an die neuralgischen Punkte des unter Alliierten Aufsicht und Anleitung gegründeten neuen Teilstaates auf deutschem Boden aufgezeigt. Deutschlands Medien, Politiker und ihre Zuträger aus den geisteswissenschaftlichen Fakultäten sehen darüber großzügig und mit Absicht hinweg. Diese Grundhaltung der veröffentlichten Meinung in Deutschland, die mit dem Anliegen einer freiheitlichen Demokratie – die dieses System für sich in Anspruch nimmt – unvereinbar ist, demaskiert Sander schonungslos. Sie wurde von den willigen westdeutschen Parteikarrieristen bereitwillig angenommen und entfaltete mit zunehmender zeitlicher Distanz sogar eine stetig anschwellende Wirkungskraft. Der wirkliche historische Werdengang wurde auf diese Art und Weise zunehmend ausgeblendet. Wenn es gelingt, dieses Verfahren lange genug zu praktizieren, wird die mit ausgewählten Fakten belegte amputierte Wahrheit in Wirklichkeit zur Lüge. In diese Welt abgestumpfter Saturiertheit wirkten die Analysen Hans-Dietrich Sanders wie eine Zeitbombe, die es mit allen Mitteln zu „entschärfen“ galt. Beleuchten wir die wichtigen Eckpunkte der jüngsten deutschen Geschichte etwas näher, um diesen einführenden Gedanken noch mehr Nachdruck zu verleihen:

Die ersten Politaktivisten in den Besatzungszonen Deutschlands – nicht nur in der Sowjetzone – hatten bereitwillig die selbstgerechte Sicht der Siegermächte über die Kriegsursachen und ihre angebliche tiefe Verwurzelung in der deutschen Geschichte übernommen, verlieh ihnen diese Betrachtungsweise doch selbst nachträglich das moralische

Recht zu ihrer oftmals geheuchelten Regimegegnerschaft, die damals die Voraussetzung für eine politische Karriere war. Doch dieser „Türöffner“ zur Politkarriere war eine Lebenslüge mit bösen Folgen für alle Deutschen bis heute. Sie wurde von der ersten Politikergeneration „nach der „Stunde Null“ allen Nachfolgern in der Partei- und Politikerlaufbahn weiter vererbt. Auch die jetzige Bundeskanzlerin Merkel bekennt sich zu ihr als Identitätsmerkmal deutscher Politik. Die Verfälschung der historischen Wahrheit hat die Aufgabe, von den eigentlichen Ursachen der europäischen Konflikte abzulenken, die zu den Kriegskatastrophen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert führten.

Den Aufstieg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verdankten die Deutschen ihrer eigenen Leistung auf allen Gebieten der Wissenschaft und Technik. Sie brauchten dazu keine Eroberungskriege oder Unterwerfung und Ausbeutung fremder Völker! Diese Form der Machtentfaltung war das Markenzeichen anderer Staaten. So arbeitete z.B. die französische Politik seit Ludwig XIV. (Sonnenkönig), der seinen Staat auf solche Art und Weise bereicherte und vergrößerte. Es war auch Napoleon III., der sich anmaßte, das von den deutschen Teilstaaten angestrebte Ziel, in einem Staat zu leben, durch einen Krieg zu verhindern, als wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht zu den in der Französischen Revolution erkämpften und heute tausendfach beschworenen Menschenrechten gehörte. Zwar misslang ihm sein Vorhaben, weil Frankreich diesen Krieg (1870/71) verlor, doch sein Plan scheiterte auch deshalb, weil die Briten damals noch keinen Anlass sahen, Frankreich bei seinem Vorhaben zu unterstützen. Das änderte sich aber bald danach, als die deutsche Volkswirtschaft – noch vor Ende des 19. Jahrhunderts – die britische Volkswirtschaft überholt hatte und die Briten nach den USA und Deutschland auf Rang drei der größten Wirtschaftsnationen zurückfielen. Von da an sahen sie in Deutschland einen gefährlichen Konkurrenten und Gegner, von da an war auch die britische Politik nach Wegen bemüht, die Einflussphäre des Deutschen Reiches einzugrenzen und zu schwächen. Im Ränkespiel der damaligen Großmächte verstanden sie es, einen Interessenpakt zu schmieden, um das Gleichgewicht der Kräfte in Europa – so wie sie es verstanden – wieder herzustellen. Deutschland hatte keinerlei Interesse, einen Krieg – weder den Ersten noch den Zweiten Weltkrieg – zu entfachen. Deutschland konnte nur verlieren!

Von all diesen objektiven historischen Entwicklungen war nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr die Rede. Als die Bundesrepublik von den Westalliierten Siegern in eine Scheinsouveränität entlassen wurde, hatten sie unter Federführung der USA ganze Arbeit in Deutschland geleistet: Die Führungsschicht der deutschen Gesellschaft war in den Mühlen einer massiven Umerziehungsmaschinerie „geläutert“ worden. Sie fühlte sich auch in ihrer Rolle der Eingebundenheit in Nato, EU und Euro-Währungsgemeinschaft ausgesprochen wohl. Diese „Elite“ merkte anscheinend nicht, dass die vielfältigen Einbindungen den Zweck hatten, Deutschlands Souveränität für alle Zeiten zu beschneiden. Die vornehmste Aufgabe sämtlicher Parteien und der gesellschaftlichen Eliten in Deutschland war es, die entpolitisierten Nachkriegsdeutschen diesen Schwindel nicht merken zu lassen, waren diese „sanften Einbindungen“ doch gleichzeitig eine Art Gewähr und Sicherheit, nicht doch einmal von einem sich spontan bildenden Volkswillen abgehalftert zu werden. So lange es den Deutschen materiell gut ging, brauchten diese Eliten das Volk nicht zu fürchten, sondern nur die Wähler. Aber die können immer nur zwischen den wenigen Parteien wählen, die in einer Frage allerdings alle gleich sind: Dem Verzicht auf Souveränität und der Hintanstellung der Interessen und Rechte des eigenen Volkes. So viel zur Entwicklung Westdeutschlands in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg.

Nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums und der unvermeidbar gewordenen Wiedervereinigung von BRD und DDR zu einem gesamtdeutschen Staat kamen die fatalen Folgen der „getürkten Souveränität“ und der Einbindungen Deutschlands in Nato, EU und Euro-Gemeinschaft erst so richtig zur Wirkung: Helmut Kohl und seine Regierung mussten den USA gegenüber die weitere Zugehörigkeit zur Nato und Frankreich (Mitterrand) die Aufgabe der DM zugunsten einer Gemeinsamen Euro-Währung versprechen. Das war die Voraussetzung, man könnte auch sagen das Diktat, damit die Westalliierten ehemaligen Kriegsgegner die Wiedervereinigung genehmigten!

Welche weiteren Zugeständnisse die Deutsche Regierung noch machen musste oder sogar ohne Zwang freiwillig gemacht hat, werden spätere Zeiten vielleicht ans Tageslicht bringen. Jedenfalls ging es mit der deutschen Wirtschaft nach der Wiedervereinigung nicht bergauf, so wie in den ersten Nachkriegsjahren in Westdeutschland, sondern rapide bergab. Die westdeutschen Unternehmen glaubten auf einmal, ihre Renditen in den Mutterländern des Kapitals (USA und England) erhöhen zu müssen und handelten sich allesamt Verluste in mehrstelliger Milliardenhöhe ein: BMW – Rover, Daimler-Benz – Chrysler, Deutsche Post in USA, Deutsche Telekom in USA; die Liste könnte nahezu beliebig fortgesetzt werden. Gleichzeitig wurde die deutsche Wirtschaft zum Aufkauf durch das internationale Groß- und Finanzkapital frei gegeben. Die damals durchaus vorhandene Potenz des westdeutschen Kapitals, ihr angesammeltes Kapital in die darniederliegende DDR-Wirtschaft zu stecken – was naheliegend war –, wurde nicht genutzt. Im Gegenteil, dort wo die DDR-Wirtschaft einigermaßen Erfolg abzuwerfen versprach, wurde sie ebenso wie die rentablen westdeutschen Unternehmen von den Investoren aus den „befreundeten Westmächten“ übernommen – aufgekauft! Diese Entwicklung kann gar kein Zufall sein! Der Euro war eine wesentliche Voraussetzung zum Gelingen dieser „Befreiung der Deutschen“ von ihrem über Generationen aufgebauten Produktivvermögen.

Wir können heute nur noch ein trauriges Resümee dieser Entwicklungen treffen, die von Medien und Politik unterdrückt werden, als hätten sie nicht stattgefunden. Doch noch ist nicht aller Tage Abend: Seit der Jahrtausendwende strebt die Entwicklung auf einen Konflikt zu, den weder die gewöhnlichen Parteipolitiker noch die geistigen Rädelsführer der diversen elitären Zirkel in Politik und Geisteswissenschaften in ihrem Kalkül hatten: Die Einbindungen Deutschlands und die klammheimliche Souveränitätsbeschneidung führen in Deutschland zu Wohlstandseinbußen und Verarmung. Hartz IV ist nicht vom Himmel gefallen! Die Deutschen haben das noch gar nicht registriert, dass das internationale Finanz- und Spekulationskapital ihnen ihre leistungsfähigsten Unternehmen schon lange abgekauft hat. Eine verantwortungslose deutsche Politik lässt den Dingen ihren Lauf, die Medien schweigen, als hätten sie es abgesprochen. Im Pro-Kopf Einkommen sind die Deutschen in Europa schon auf den achten Platz abgerutscht. Die Talfahrt geht weiter. Der Euro wird den Rest besorgen. Irgendwann – und das kann schnell gehen – wird den Deutschen ein Licht aufgehen. Sie werden erkennen, dass sie diese Entwicklung ihren Politikern zu verdanken haben. Sie werden sich dann fragen, ob diese wirklich so unfähig waren oder ob sie wussten, was da abläuft?.

Und somit schließt sich der Kreis: Die Aufgabe der Souveränität und die Einbindung in die übernationalen Organisationen, die manchem Deutschen vor Jahrzehnten noch als durchaus angemessen erschienen sein mögen, zeigen ihre bösen Folgen. Gewarnt und harsch kritisiert haben das Geschehen nur wenige. Hans-Dietrich Sander war einer von ihnen.